Mittwoch, 20. Juli 1921. Einzelnummer 5 Mark. 60. Jahrgang. Nr. 120.

Erscheint an allen Werktagen.
Bezugspreis vom 1. Juli 1921 an monatlich M.
in der Geschäftsstelle 50.—
in den Ausgabestellen 52.50
durch Zeitungsboten 55.—
durch die Post . . . 55.—

Fernsprecher: 4246, 2273, 3110, 3 49.



Anzeigenpreis: f. d. Grundschriftzeile im Anzeigenteil innerhalb Polens . . 10.— M. im Reklameteil 30.— M. Für Aufträge aus Deutschland 3.50 M. im Reklameteil 10.— M. in deutscher Mark.

Telegrammadresse: Tageblatt Poznań.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Postscheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau; für Polen: Czekowe Konto P. K. O. Nr. 200 283 in Poznań.

Die polnisch-deutsche Kommission in Deutschland.

(Schluß.)

Die zweite Reise ging ins Lausitzer Braunkohlenrevier. Wir besuchten dort die beiden Gruben, auf denen nach den amtlichen Meldungen und nach den Mitteilungen von polnischer Seite Entlassungen polnischer Bergarbeiter stattgefunden hatten, die Grube Eintracht in Welzow und die Grube Alwine bei Nettwitz. Zu unserer Information und Führung hatte sich in Welzow dankenswerterweise Herr Regierungspräsident Bartels aus Frankfurt a. O. persönlich eingestellt. Alsbald nach unserer Ankunft versammelten sich zu gemeinsamer Beratung alle Persönlichkeiten, deren Kenntnisse irgendwie für uns von Interesse sein konnten. Außer dem Regierungspräsidenten und den Amtsvorstehern, dem Leiter der Grube, Direktor Dr. Wolff Vertreter der freien Gewerkschaften und der Belegschaft, der Geschäftsführer der polnischen Berufsvereinigung, Herr Krwaczak sowie polnische Bergarbeiter. Die mehrstündige eingehende Aussprache ließ uns die Geschehnisse klar erkennen und wohl auch richtig werten. In den Tagen vor dem Pfingstfest hatte eine Belegschaft unter dem Eindruck der aus dem benachbarten Oberschlesien herüberkommenden Nachrichten und in der Befürchtung, daß die oberschlesische Bewegung auf die Lausitz herübergreifen könnte, die Entlassung der polnischen Bergarbeiter gefordert. Äußerungen einzelner Polen, von der Fama aufgebauscht und weiter getragen, wie beispielsweise die Drohung eines Polen, der einen Revolver zur Reparatur brachte, auch hier würden die Polen, wenn erst die oberschlesischen Brüder nahten, bald andere Saiten aufziehen, dann auch die in Vereinsumzügen zur Schau getragene Freude an den Erfolgen Korfantys hatten die deutsche Bergarbeiterbevölkerung nervös werden lassen und schließlich zu jener an die Betriebsverwaltung gerichteten Forderung, die polnischen Bergarbeiter zu entlassen, geführt. Die Betriebsleitung setzte der Forderung ein kategorisches „Nein“ entgegen und wußte auch die Betriebsräte auf ihre Seite hinüberzuziehen. Zur Vermeidung von Zusammenstößen wurden gesonderte Polenkolonnen gebildet, und die von der deutschen Arbeiterschaft als besonders gefährlich angesehenen polnischen Berufsgenossen wurden auf sechs Tage beurlaubt. Die Betriebsleitung bat die polnische Arbeiterschaft wiederholt und ganz ausdrücklich zu bleiben, überzeugt, auf Grund der getroffenen Maßnahmen die Gewähr dafür übernehmen zu können, daß keinem Polen etwas geschehen werde. Da indessen die Betriebsleitung damit rechnete, im Laufe des Sommers aus rein betriebstechnischen Gründen die Belegschaft, insbesondere die Abraumkolonnen verringern zu müssen, gab sie Fragebogen heraus, in denen sich der Befragte u. a. darüber äußern sollte, ob er deutscher Staatsbürger zu bleiben bzw. zu werden beabsichtige. Bei den etwaigen Kündigungen sollten naturgemäß Ausländer in erster Linie an die Reihe kommen. Diese Fragebogen wurden nun von einem Teile der polnischen Arbeiterschaft als der sichere Vorbote baldiger Kündigung, teils sogar schon als Kündigung aufgefaßt, und so betrachteten sich etwa 30 Mann als entlassen, etwa 40 erbaten ihre sofortige Entlassung und einige 20 kündigten ihrerseits mit der üblichen 14 tägigen Frist. Vorstellungen der Bergwerksleitung, die die Arbeiter zum Bleiben bestimmen sollten, waren ohne Erfolg. Der Abzug vollzog sich ohne jede Reibung. Die Arbeiter wickelten in aller Ruhe ihre persönlichen Angelegenheiten ab, hoben ihr Guthaben beim Konsumverein in Spremberg ab, und sie nahmen beim Abzuge an beweglicher Habe mit, was sie mitzunehmen wünschten. Allesamt erhielten die notwendigen Abzugs- und Ausreisepapiere. Den im Betriebe verbliebenen Polen wurden, wie uns von ihnen selbst versichert wurde, weder bei noch außerhalb der Arbeit irgend welche Ungelegenheiten bereitet. Während eine große Anzahl deutscher Arbeiterinnen entlassen worden waren, befanden sich polnische Arbeiterinnen ungekündigt und unbehelligt noch weiter in ihren Stellungen. Nicht uninteressant waren die Schilderungen über die Auseinandersetzungen, die unter den Mitgliedern ein und derselben Familie über die Frage des Abzuges stattgefunden haben. So war ein zum Abzug entschlossenes Elternpaar gegen seine beiden erwachsenen Söhne tätlich geworden, weil diese unter allen Umständen bleiben wollten. Sie hatten gleichwohl an ihrem Entschlusse festgehalten und gingen nach wie vor unbehelligt ihrer Arbeit nach. Es zeigte sich hier, wie auch später auf der Grube Alwine, daß nicht sowohl unduldsame Behandlung von seiten der Deutschen als vielmehr der durch glühende Schilderungen geweckte Wunsch, in die neuerstandene Heimat zurückzukehren, den Abzug veranlaßt hatte.

In vorgerückter Nachmittagsstunde brachten uns zwei Kraftwagen in einstündiger Fahrt zur Grube Alwine. Die Zahl der Herren, die uns hier zu unserer Information erwarteten, war noch größer, als die in der Welzower Versammlung. Unter den Erschienenen war auch der Landrat des Kreises Kalau, Herr Freter. Auf Grube Alwine hatte sich Ähnliches abgespielt, wie auf Grube Eintracht. Auch hier hatte die Belegschaft die Entlassung polnischer Bergarbeiter verlangt, indessen nur die Entlassung von sechs namentlich bezeichneten Arbeitern, die bei der deutschen Arbeiterschaft als Provokateure galten. Die Bergwerksleitung hatte sich dem Drängen der deutschen Belegschaft zur Vermeidung des von ihr im Falle der Weigerung angedrohten Streikes gefügt und den ihr benannten sechs polnischen Bergarbeitern gekündigt. Der Abzug erfolgte auch hier in aller Ruhe. Soweit die Abzügler ihr Inventar nicht schon früher versilbert hatten, taten sie es nach erhaltener Kündigung. Das Bergwerksgerät wurde ihnen zu gutem Preise abgekauft. Die Grubenverwaltung bezahlte ihnen die Sträucher, die sie in ihren Gärten gepflanzt hatten, und gestattete, daß sie ihre Holzzäune mitnahmen, die Eigentum der Grube waren. Auch reichliche Kohlenvorräte durften sie mitnehmen. Trotz der erfolgten Kündigung sind jene sechs nicht etwa gegen ihren Willen abgezogen. Schon vor Monaten hatten sie geäußert, daß sie im Sommer ds. Js. nach Polen gehen würden, wo sie, wie sie sagten, schon Anwesen besäßen. Sie hatten ihre Gärten nicht mehr bestellt und hatten schon längst mit der Versilberung ihres Inventars begonnen. Nun der Tag, den sie für ihren Fortzug längst in Aussicht genommen hatten, herannahte, mochte es ihnen opportun erscheinen, durch provokatorisches Auftreten die andere Seite zur Kündigung zu veranlassen, damit sie sich in der Heimat als Märtyrer zeigen könnten. Daß die meisten der Polen in der Grube Alwine über schlechte Behandlung nicht zu klagen hatten, ging daraus hervor, daß 30 Polen nach wie vor auf der Grube arbeiten, und daß sich dort inzwischen zwei Polen neu hatten einstellen lassen.

Eine unerfreuliche Erscheinung allerdings zeigte sich auf der Grube Alwine in noch stärkerem Maße als an den von uns vorher besuchten Plätzen. Der Terror mit dem die freien Gewerkschaften die Angehörigen der anderen Bergarbeiterorganisationen zu sich herüberzuziehen suchten. Verlangten doch die freien Gewerkschaften geradezu die Entlassung aller ihnen nicht inkorporierten Arbeitsgenossen. Hatten nun unter diesem Terror auch die christlichen und gelben Gewerkschaften ebenso zu leiden wie der polnische Berufsverband, so erweckte es doch den Anschein, als ob sich der diesem gegenüber geübte Terror gegen die Nationalität seiner Mitglieder richte. Daß in Wahrheit hiervon keine Rede sein konnte, erhellte daraus, daß der Pole in dem Augenblicke, in dem er zur freien Gewerkschaft übertrat, als Genosse willkommen geheißen und in keiner Weise persönlich belästigt wurde. Hatten doch schon seit langem die freien Gewerkschaften des Lausitzer Braunkohlengebietes erheblich mehr Polen als Mitglieder als der polnische Berufsverband. Gleichwohl richteten wir an die Führer der freien Gewerkschaften den dringenden Appell, von ihrem bisherigen Praktiken abzulassen, um auch den bloßen Schein zu vermeiden, als wenn sich ihr Kampf gegen die Nationalität der dem polnischen Berufsverbande angeschlossenen Mitglieder richte. Bemerkenswert war die Stellungnahme des Regierungspräsidenten und des Landrats, zwei Männern des neuen Regimes, Sozialisten, die aus kleinen Verhältnissen aufgestiegen waren, zu unserer auf Ausgleichung der nationalen Gegensätze gerichteten Aktion. Sie standen aus innerster Überzeugung durchaus auf dem Boden, daß es nationalistische Quertreibereien nicht geben dürfte, und sie glaubten in diesem Sinne für die ebenso politisch orientierte Arbeiterschaft volle Gewähr übernehmen zu können. Einiges statistisches Material, von den beiden genannten Herren vorgetragen, z. B. über die nach vielen Hunderten zählenden Ausländer (Kongreßpolen), die trotz der Erwerbslosigkeit von Inländern ruhig in ihren Arbeitsstellen belassen werden, über Wohnungsfürsorge auch zu Gunsten von Ausländern, war uns eine willkommene Ergänzung unserer persönlichen Wahrnehmungen und Feststellungen. Wir faßten sie in einem mündlichen Berichte zusammen, den wir gleichzeitig unserem Gesandten in Berlin und dem eingangs genannten Abteilungsleiter im deutschen Auswärtigen Amte erstatteten.

Alsbald nach unserer Rückkehr nach Posen wiederholte der Vorsitzende des Deutschtumsbundes den Bericht im Ministerium für das ehemals preußische Teilgebiet, und einige Tage darauf referierten die drei polnischen Herren unserer Abordnung in einem größeren Kreise von Abgeordneten, Pressevertretern, Vertretern der Behörden und anderen an der Sache interessierten Persönlichkeiten.

Nun haben unsere polnischen Mitbürger das Wort! Ob sie sich dazu entschließen werden, die selbstverständliche Schlußfolgerung unserer Reise zu ziehen?

Aus Oberschlesien.

Um Oberschlesien wird jetzt „geschachert“; das ist noch weit schlimmer als das „Verschieben der Menschen wie Schachfiguren“ nach der berüchtigten Formulierung des Präsidenten Wilson. Die beiden zunächst Beteiligten: Deutschland und Polen, haben dabei selbst am wenigsten zu sagen. Die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes steht unter dem Eindruck, daß ihm ebenso wie in der ganzen bisherigen Behandlung der oberschlesischen Frage durch seine Kriegsgegner auch bei der letzten Entscheidung Gewalt angetan werden soll. Ohnmächtig kann es immer wieder nur dagegen protestieren, an die Vernunft der Gegner appellieren und auf die verhängnisvollen Folgen hinweisen, die eine ungerechte Entscheidung in Oberschlesien für die Frage der Erfüllung des Ultimatums haben muß. Und die Entscheidung wird immer wieder hinausgeschoben. So meldet neuestens der „Intransigeant“, daß die Sitzung des Obersten Rates zwischen dem 25. und 31. Juli in dem Badeort Paris-Plage stattfinden soll. Boulogne als Beratungsort sei aufgegeben worden. Es sei jedoch nicht ausgeschlossen, daß die mindestens auf eine Woche berechnete Konferenz in Ostende abgehalten werde.

Keine Konferenz ist wohl so oft hinausgeschoben worden, wie die bevorstehende des Obersten Rates. Die Gründe dafür sind nicht nur äußerlicher Natur, wie sie in der jetzigen englischen Note vorgeschützt werden, daß nämlich die Frist für die Beratungen der Sachverständigen so kurz bemessen sei, und daß auch die Reichskonferenz noch nicht ihr Ende gefunden hätte. Der wahre Beweggrund für die immer weitere Verschiebung der Zusammenkunft dürfte wohl darauf zurückzuführen sein, daß trotz aller inoffiziellen Fühlungnahme zwischen London und Paris man sich noch nicht darüber klar geworden ist, in welcher Weise die Lösung der zahlreichen, außerordentlich wichtigen Probleme vorgenommen werden soll, die auf der Tagesordnung dieser Konferenz stehen werden. Die oberschlesische Frage ist gewissermaßen das diplomatische Schmerzenskind des Obersten Rates.

Inzwischen verschärft sich die Lage von neuem. Deutsche Flüchtlinge kehren mit ihren Familien zu Hunderten in die Städte Beuthen, Gleiwitz und Kattowitz zurück, da in den meisten Landorten, die ohne interalliierte Besatzung sind, Mißhandlungen, Verschleppungen und Tötungen an der Tagesordnung sind. Der vierte Aufstand steht vor der Tür.

Zabrze, 16. Juli. (Tel.-Un.) Auf zahlreichen Gruben in den Kreisen Zabrze, Gleiwitz und Beuthen wurde gestern wieder die polnische Fahne gehißt. Die Arbeiter wurden mit Waffengewalt verhindert, einzufahren. Der Bahnhof Ruda ist wieder von Insurgenten besetzt. Am Freitag wurden in Beuthen zwei Haller-Offiziere in voller Uniform mit Waffen angehalten.

Paris, 18. Juli. (Tel.-Un.) „Petit Parisien“ meldet, daß die englische Regierung der französischen Regierung eine Note übersandt hat, in der sie anfragt, ob es nicht zweckmäßiger wäre, den Obersten Rat für Ende des Monats einzuberufen, um über die oberschlesische Frage zu verhandelt. Die Angelegenheit ist im gestrigen Ministerrat besprochen worden. Der „Petit Parisien“ erklärt, daß die französische Regierung heute auf die englische Note antworten werde. Die Haltung der französischen Regierung habe sich nicht geändert. Bekanntlich sei Briand der Ansicht, daß die Ordnung noch nicht vollständig genug wieder hergestellt sei, um die deutsch-polnische Grenze in Oberschlesien festsetzen zu können. Nach dem „Petit Journal“ dürfte die Tagung des Obersten Rates Ende September stattfinden.

Der neue Aufstand.

Oppeln, 18. Juli. (Tel.-U.) Bei dem bereits angekündigten vierten polnischen Aufstand scheinen die Franzosen eine Hauptrolle spielen zu wollen. Der Zeitpunkt ist, wie aus Äußerungen französischer Offiziere hervorgeht, von der Insurgentenabteilung und von den französischen Mitgliedern der Interalliierten Kommission festgesetzt worden. Er liegt zwischen dem 18. und 22. August d. Js.

Die oberschlesische Frage und Dr. Wirth.

Paris, 18. Juli. (PAT.) Reichskanzler Wirth erklärte dem englischen Botschafter in Berlin, daß, wenn die oberschlesische Frage nicht in einem für Deutschland günstigen Sinne gelöst wird, und wenn die Sanktionen im Rheinland aufrecht erhalten werden, er sich gezwungen sieht, seinen Abschied einzureichen.

Die Lösung der Frage erst Ende September.

Warschau 19. Juli. „L'Eclair“ berichtet, daß der Oberste Rat in den ersten Tagen des August zusammentreten wird, um vor allem über die Orientfrage zu beraten. Die oberschlesische Frage ist bis Ende September vertagt worden.

Ein deutsches Weißbuch über die Gewalttaten der Insurgenten.

Die deutsche Regierung hat eine kleine Anzahl geprüfter Fälle von Gewalttaten der Insurgenten während des dritten Aufstandes in Form eines Weißbuches zusammengestellt, das geeignet ist, ein Bild von der jedem menschlichen Empfinden hohnsprechenden Grausamkeit der Aufrührer und den namenlosen Leiden der dem Schutz der alliierten Mächte anvertrauten Bevölkerung des oberschlesischen Abstimmungsgebietes zu geben. Die Originale der Schriftstücke und Aufnahmen befinden sich in den Händen der deutschen Regierung.

Die Schuld der Franzosen an dem Zwischenfall in Beuthen.

London 18. Juli. Der amtliche Bericht der englischen Kommission ist jetzt hier veröffentlicht worden. Der Bericht läßt deutlich die Schuld der französischen Truppen an dem Zwischenfall in Beuthen erkennen.

Polnisch-tschechoslowakische Handelsbeziehungen.

Prag, 18. Juli. (PAT.) Wie die Zeitungen melden, fährt der Handelsminister Hotowiec am Dienstag nach Warschau, um dort einen neuen Handelsvertrag zwischen Polen und der Tschechoslowakei zu besprechen.

Prag, 18. Juli. (PAT) Heute fand in Prag eine vorbereitende Konferenz der Handelsfirmen und Industriellen statt, die an einer Anknüpfung von Handelsbeziehungen mit Polen interessiert sind.

Prag. 18. Juli (PAT.) Die Prager Presse berichtet, daß der tschechische Handelsminister Hotowiec sich in nächster Zeit nach Warschau begibt, dort will er die Grundlagen der Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages mit Polen besprechen.

Sowjetrußland und Schweden.

Am Sonnabend abend passierte Krassin auf der Durchreise von London nach Moskau Berlin. Wie einer seiner Begleiter erklärte, sind zwischen Schweden und der Sowjetrepublik seit geraumer Zeit Verhandlungen über die Anerkennung des Sowjetstaates seitens Schwedens im Gange. Die Verhandlungen sollen, wie die erwähnte Persönlichkeit versichert, bereits soweit gediehen sein, daß an der de jure-Anerkennung der Sowjetmacht durch Schweden nicht mehr zu zweifeln sei.

Rumäniens Außenpolitik.

Bukarest, 16. Juli. (PAT.) Take Jonescu hielt in der Deputiertenkammer ein Exposé über die Außenpolitik Rumäniens, wobei er bemerkte, daß für den Schutz Rumäniens ein Bündnis zwischen Polen, der Tschechoslowakei und Jugoslawien abgeschlossen wurde. Die zwischen Polen und Rumänien abgeschlossene Konvention gewährleistet den beiden Ländern den Schutz ihrer Grenzen. Die Konvention mit der Tschechoslowakei und Jugoslawien garantiert die Aufrechterhaltung der Verträge von Trianon und Neuilly. Was Rußland anbetrifft, so werden gegenwärtig mit ihm Verhandlungen geführt, da Rumänien und Rußland in friedlichen Beziehungen leben müssen. Take Jonescu ergänzte noch seine Ausführungen mit der Bemerkung, daß in den zukünftigen Verhandlungen mit Rußland die bessarabische Angelegenheit nicht berührt wird, da Rumänien diese Frage als endgültig erledigt betrachtet. Zum Schluß hob Take Jonescu noch die Notwendigkeit einer Verständigung zwischen Polen und der Tschechoslowakei hervor und erklärte hierbei, daß er sich um diese Angelegenheit sehr viel bemüht habe.

Die Reparationen.

Die deutschen und die französischen Vertreter, die in Paris über die Sachlieferungen verhandelt haben, haben ihre Beratungen vorläufig zu Ende geführt. Eine Anzahl von Einzelpunkten bleibt noch zu lösen. Sie sollen durch Staatssekretär **Bergmann** und Dr. **Guggenheimer**, welche nach Berlin reisen, mit den zuständigen Stellen erörtert werden. Es ist zu hoffen, daß in kurzer Zeit unter Zustimmung der Reparationskommission ein Abkommen zustande kommt.

Das zwischen den Sachverständigen der Reparationskommission und dem Reichskohlenrat vereinbarte Programm für die Lieferung der deutschen Kohle im August d. Js. ist von der Reparationskommission genehmigt worden. Die Lieferungen belaufen sich für August auf 2 200 000 Tonnen.

Das Garantiekomitee wird über die seit seinem Zusammentritt durchgeführten Arbeiten, namentlich über die Berliner Verhandlungen mit der deutschen Regierung, der Reparationskommission Bericht erstatten.

Paris, 18. Juli. Der Wiedergutmachungsausschuß hat das deutsch-italienische Abkommen über die Ersetzung der Restitution der von Deutschland zurückzuliefernden Gegenstände durch **Substitution von neuem Material** heute genehmigt. Ähnliche Vereinbarungen mit anderen verbündeten Mächten stehen, wie kürzlich berichtet wurde, bevor.

Paris, 18. Juli. (PAT.) Der Entschädigungsausschuß nahm einen eingehenden Plan der Rückgabe von Äquivalenten an, welche verschiedene Gegenstände ersetzen sollen, die sich materieller Schwierigkeiten wegen nicht zur Wiedergutmachung eignen.

Jahreszahlungen.

Berlin, 18. Juli. (Tel.-Un.) In einer Unterredung mit einem Vertreter des „Berliner Tageblattes" erklärte Reichswirtschaftsminister Schmidt u. a. über die uns durch das Ultimatum auferlegten Jahreszahlungen, daß wir im ganzen zu einer Verpflichtung von schätzungsweise 3¾ bis 4 Milliarden Goldmark kommen. Wohl bemerkt, sind das alles Goldmilliarden, und je nach dem Stande der Valuta wären das 50 bis 60 Milliarden Papiermark. Über die neue Steuer erklärte der Minister, es würde zum Beispiel nicht zu einer allgemeinen Erhöhung der Umsatzsteuer von 1½ auf 5 v. H. kommen. Wie sich auch das Steuerprogramm gestalten möge, an einer abermaligen Steuererfassung des Besitzes werde es nicht vorübergehen können.

Lieferung von Holzhäusern.

Berlin, 18. Juli. (Tel.-U.) Amtlich wird gemeldet: Die Verhandlungen zwischen der deutschen und der französischen Regierung über die Lieferung von Holzhäusern für Nordfrankreich haben zu einer Bestellung von 66 Probehäusern mit 8 Wohnungen geführt.

Abrüstungskonferenz.

Der „Temps" bespricht die große Rolle, die Frankreich bei der Abrüstungskonferenz spielen könne, betont aber, daß der Erfolg von England abhängen würde. Die Pazifikation Irlands hänge von Lloyd George ab, sowie auch der Krieg im Osten aufhöre, wenn England die griechische Offensive nicht gutheiße. Die türkische Unabhängigkeit werde nur dann sichergestellt sein, wenn England sie annimmt. Auch die französisch-deutschen Beziehungen würden anders aussehen, wenn es feststände, daß England sich mit Frankreich gegenüber Deutschland einig wäre. Durch die französisch-englische Uneinigkeit könne es zu einem neuen Zusammenstoß zwischen Frankreich und Deutschland kommen. Das Problem des Stillen Ozeans ist nicht zu lösen, so lange der britisch-japanische Vertrag in Kraft bleibt, und nicht in eine Entente aller Staaten, die dort Kolonien haben, umgewandelt wird.

In **England** glaubt man, daß es eventuell möglich sein wird, die Pazifik-Konferenz von der Abrüstungskonferenz zu trennen. Sollte dies möglich sein, so würde es England nicht ungern sehen, wenn die Pazifik-Konferenz nach **London** verlegt und vielleicht sofort im Anschluß an die Reichskonferenz abgehalten werden könnte.

Lloyd George über die Abrüstung.

London, 18. Juli. (Tel.-U.) Auf einem Bankett der der Koalition angehörigen Liberalen hat **Lloyd George** eine Rede gehalten, in der er die Bemühungen des Präsidenten anerkannte. Er erklärte: „Ich hoffe, daß die Konferenz zu einem Einvernehmen führen wird, das aus dem Pazifik wirklich einen pazifistischen Ozean machen wird. Ich hoffe auch, daß die Konferenz eine nützliche Aussprache über die Abrüstung herbeiführen wird, von der die Zukunft unserer Rasse abhängen wird. Denn es hat keinen Zweck, daß wir Verträge unterzeichnen, Allianzen abschließen und Völkerbünde gründen, so lange die Nationen fortfahren, sich gegeneinander zu bewaffnen. Der Krieg wird auf diese Weise früher oder später ausbrechen. Deshalb hoffe ich, daß die Konferenz von **Washington** nicht lediglich zu Resolutionen zu Gunsten der Abrüstung, sondern zu einem wirklichen Abkommen führen wird, das gestatten wird, die Rüstungen dermaßen einzuschränken, daß sie nicht mehr gefährlich werden können."

Amerikanische Befürchtungen.

Paris, 18. Juli. Aus den Äußerungen des „New York Herald" über die Gründe, die zur Einberufung einer Abrüstungskonferenz geführt hätten, muß noch die Bemerkung hervorgehoben werden: Die Senatoren Borah und Johnson hätten behauptet, daß die **Teilnahme Frankreichs schon im Voraus die Gewißheit (?) gebe, daß die Konferenz kein Ergebnis haben werde, weil sich Frankreich schon geweigert habe, eine Reduktion seines Heeres ins Auge zu fassen.** Sie hätten ferner behauptet, eine Konferenz mit England und Japan über die maritimen Angelegenheiten würde ein sicheres Ergebnis zeitigen.

Der Krieg im Orient.

Die Kriegslage hat eine bedeutende Wendung zugunsten der Griechen genommen. Diese gehen auf der ganzen Front zur Offensive über, die nach allen Berichten von Erfolg begleitet ist. Bei den Kemalisten scheint die Einigkeit zu fehlen und **Kemal** selbst an Einfluß zu verlieren. Die Kemalisten ziehen sich auf der ganzen Linie zurück und leisten dem Feinde trotzdem lebhaften Widerstand. **Mustapha Kemal** Pasche begab sich nach Einberufung der Nationalversammlung an die Front.

Paris, 18. Juli. (PAT.) Aus **Athen** wird gemeldet, daß sich **König Konstantin** an die Front begeben hat.

Die griechische Offensive.

Konstantinopel, 18. Juli. (PAT.) Die griechische Offensive entwickelt sich nach vier Richtungen hin: erstens nach der Richtung **Pasarkei-Isnik**, zweiten **Yenicheir-Biledik**, drittens **Ingel**, viertens **Adraros-Narnadzik**.

Athen, 17. Juli. (PAT.) Amtlich wird berichtet: Die Angriffe der griechischen Truppen auf die feindlichen Stellungen bei Kutakia entwickeln sich normal. Die Griechen nahmen die vorgeschobenen Stellungen ein und wiesen am 13. d. Mts gewaltige türkische Angriffe auf Afinium-Karahissar zurück. Die Türken hatten 120 Tote und ließen die Maschinengewehre und viel Waffen russischen Systems zurück.

Armenier und Kurden gegen die Kemalisten.

Athen, 18. Juli. (Tel.-Un.) Aus **Smyrna** wird gemeldet, daß 6000 Armenier sich mit den Kurden vereinigt haben und die Kemalisten in der Gegend von Erzerum angriffen. Die Cirkasier haben dem griechischen Befehlshaber angeboten, ihm ein Regiment Kavallerie zur Verfügung zu stellen. Ein offiziöser Bericht meldet die Einnahme von 25 griechischen und armenischen Dörfern in der Gegend von Nicomedia. Die Dörfer sollen nach dem Rückzug der griechischen Truppen zerstört worden sein. Man befürchtet, daß viele Einwohner ermordet wurden. Aus Konstantinopel wird noch berichtet, daß türkische Banden in Cantil auf dem asiatischen Ufer des Bosporus erschienen sind und die griechischen Einwohner beraubt und gefangen genommen haben.

Irland.

Die englisch-irischen Verhandlungen.

London, 18. Juli. (PAT.) In den Verhandlungen über die irländische Frage ist eine kleine Unterbrechung eingetreten, während welcher **de Valera** mit seinen Freunden jedoch in London bleibt. Am Sonnabend früh trafen in London nachstehende ulsterschen Minister ein: Arbeitsminister **Andrew**, Finanzminister **Polock** und Landwirtschaftsminister **Archdale**. Die Minister hielten eine Reihe von Konferenzen mit **Craigh** ab. Am Sonnabend teilte das irländische Bureau mit, daß **de Valera** den Ministern empfohlen habe, in der Annahme der Homerule Zurückhaltung zu üben, da noch nichts eingetroffen sei, was die Hoffnung einer günstigen Lösung zu nichte machen könne.

Lloyd George erklärte, er habe die Berichte über die Besprechung mit Devalera nicht nur seinem Kabinett, sondern auch dem König unterbreiten müssen. Die moralischen Streitpunkte würden bei den Verhandlungen die Hauptschwierigkeiten bilden.

In der Sonntagsausgabe des „Observer" schreibt der irländische Nationalist Stephan **Gwynen**, daß der Waffenstillstand sehr streng durchgeführt wird. Die Bevölkerung umwindet die Automobile der englischen Truppen mit Kränzen und Blumen, und zwischen dem Militär und der Bevölkerung herrscht herzliche Freundschaft, wie sie seit Jahren in Irland nicht gesehen worden war. Diese Freundschaft zeigt sich in der Provinz noch mehr als in Dublin.

Rücktritt des österreich. Finanzministers?

Wien, 16. Juli. (Tel.-U.) Der Finanzminister Dr. **Grimm** hat gestern dem Bundeskanzler Dr. **Schober** und den Führern der Parteien mitgeteilt, daß er entschlossen sei, **zurückzutreten**. Als Grund wird das Scheitern des Abänderungsgesetzes und die Ermüdung des Finanzministers angegeben. Der Bundeskanzler bemüht sich den Minister von seiner Absicht abzubringen. Sollte dies nicht gelingen, so würde noch in der Schlußsitzung des Nationalrates die Neuwahl des Finanzministers vorgenommen werden.

Polen und Litauen.

Genf, 18. Juli. (PAT.) Die litauische Delegation benachrichtigte das Generalsekretariat des Völkerbundes, daß sie nicht am 17. Juli zu den polnisch-litauischen Verhandlungen in Brüssel eintreffen könne. Die litauische Regierung benachrichtigte den Völkerbundsrat von ihrer **Ablehnung des Hymansschen Entwurfes**. Die Nichtanwesenheit der litauischen Delegierten bei den polnisch-litauischen Verhandlungen in Brüssel scheint zu beweisen, daß die Kownoer Regierung eine Annäherung zu Polen **nicht günstig** gegenübersteht.

Aus den Baltenländern.

Riga, 16. Juli. (PAT.) In der gestrigen Sitzung haben die **lettischen, litauischen** und **estnischen** Delegierten sich weiter mit wirtschaftlichen und politischen Fragen beschäftigt, die alle drei baltischen Reiche betreffen. Es wurde dann eine Reihe von Verträgen unterzeichnet, die am Tage vorher besprochen worden waren. Bei dem Empfang durch den Ministerpräsidenten **Meyerowicz** sprach dieser die Hoffnung aus, daß in Zukunft ein Zusammenschluß aller fünf baltischen Staaten erfolgen wird. Im Namen des diplomatischen Korps sprach der Italiener **Machioro Vivalia**. Er hob die Wichtigkeit der Unifikationsarbeiten hervor, die von den baltischen Staaten in Angriff genommen wurden.

Konferenz mit Rußland.

Riga, 16. Juli. (PAT.) Die lettische Mission in **Moskau** berichtet, daß sie von dem bolschewistischen Gesundheitskommissariat eine Einladung zu einer **russisch-lettisch-estnisch-litauischen Konferenz** erhalten habe. Auf dieser Konferenz sollen die Vorbeugungsmaßnahmen besprochen werden, die gegen die in Rußland sich verbreitenden Ansteckungsgefahren gerichtet sind. Die lettische Regierung nahm die Einladung an und einer der lettischen Bakteriologen wird nach Moskau abreisen.

Helsingfors, 16. Juli. (PAT.) Am 13. Juli wurde der **französisch-finnische Handelsvertrag** abgeschlossen.

Die Entwickelung der Ereignisse im Osten.

Die Hungerkatastrophe im Wolga-Gebiet.

Terioki, 18. Juli. Nach zuverlässigen Meldungen, die dem Korrespondenten des Ost-Expreß aus Petersburg zugehen, ist die **Lage in den Hungergegenden** des Wolga- und Kama-Gebiets entsetzlich. Infolge der andauernden Hitze und Trockenheit zeigt der Erdboden an vielen Stellen große Risse, die Bäume sind entblättert, das Vieh ist größtenteils zu Nahrungszwecken geschlachtet worden, ganze Dörfer sind von Feuersbrünsten vernichtet, die Brunnen und Flüsse sind ausgetrocknet. Die Bevölkerung flüchtet nach allen Windrichtungen; mit Mühe ist es gelungen, **einen Teil der Flüchtlinge nach Sibirien und Turkestan zu leiten**. Unterwegs nähren sich die Auswanderer von Gras, Baumrinde und anderen kümmerlichen Resten der Vegetation. Die Bevölkerung der Nachbargebiete bewacht die Landstraßen, um eine Besitzergreifung ihrer im Korn stehenden Felder durch die hungernden Flüchtlinge zu verhüten; hierbei ist es bereits **zu Zusammenstößen** gekommen. Die Petersburger „Krasnaja Gaseta" verlangt energische Maßnahmen, um der Not umgehend zu steuern, da die Lage überaus ernst sei. Die Moskauer „Iswestija" fordern, daß man die hungernde Bevölkerung vor dem Tode und die Landwirtschaft vor dem gänzlichen Untergange rette; man müsse sofort eine Million Flüchtlinge nach Turkestan, Chiva und Buchara abschieben, wo sie bei Bewässerungsarbeiten Verwendung finden könnten. In der **Umgegend von Petersburg** und **Moskau** sind bereits die ersten Flüchtlinge aus dem Wolgagebiet aufgetaucht.

Die Cholera wütet.

London, 18. Juli. (PAT.) „Centrale News" berichtet aus Riga, daß der russische Gesundheitskommissar 60000 **Cholerafälle** registriert habe. Die Cholera verbreitet sich in dem **Astrachaner, Rostrower, Weronewsker** und **Saratowskischen** Gouvernement.

Russische Hilferufe.

Moskau, 18. Juli. (PAT.) **Maxim Górki** sandte an Anatol Francet einen Appell, in dem er alle, die das Mitleidsgefühl unter dem Einfluß des Krieges nicht verloren haben, daß sie sofort der Bevölkerung Südrußlands zur Hilfe eilen sollen, wo Hunger und Ansteckung täglich tausende von Opfern fordern. Der **Patriarch von Moskau** sandte einen ähnlichen Appell an den Bischof von **Neuyork** und an den Bischof von **Cunterbarry** mit der Bitte an die Gläubigen, den Bewohnern Südrußlands schnellstens Hilfe angedeihen zu lassen.

Republik Polen.

Umsturzbewegung.

Zu dem Anschlag auf den Staatspräsidenten wird noch aus **Warschau** gemeldet: Man soll einem großen Umsturzkomplott, dessen Beginn die Ermordung des Staatschefs sein sollte, auf

Um eines Mannes Ehre.

Original-Roman von A. Groner.

(34. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Hanna erschrak vor der Kälte seiner Hand. „Paul, bist Du krank," rief sie und fühlte sich völlig erleichtert, daß dies die Ursache seines so großen Verändertseins war — indessen ja doch eine neue Angst sie erfaßte, denn — wie unwohl mußte er sich fühlen, um so verändert zu sein!

„Du Armer — Du bist krank!" wiederholte sie, weil er nicht sogleich redete.

Aber jetzt redete er ja schon wieder, so rauh wie früher und sehr hastig: „Ja — mir ist nicht gut. Verzeih', wenn ich heute nicht mehr komme. Ich — ich brauche Ruhe — Ruhe."

Ein sehr flüchtiger Händedruck, ein ebenso oberflächliches Grüßen, und er ging. Mit hocherhobenem Kopf ging er und mit steifen Schritten.

Er war wieder der steifleinene Herr von Horst geworden.

Hanna und die alte Frau hatte dieserhalben eine schlechte Nacht.

Hanna hatte sonst niemals Zärtlichkeitansprüche an ihren Verlobten gestellt — sie war nicht verliebter Natur.

Erst seit der furchtbare Schlag sie getroffen, seit Paul so lieb und herzlich sich gezeigt und Tante Berta ihre Ehegeschichte erzählte, hatte des Mädchens Herz sich aufgetan, sehnte sie sich nach Pauls Liebe und seinem Schutz.

Wahrhaftig, ihre Liebe war auch erst sechsunddreißig Stunden alt.

Und schon hängte die Sorge sich an sie.

Wenn Paul krank wurde, gerade jetzt krank wurde.

Hanna hatte eine sehr schlechte Nacht.

Auch ihre Tante grübelte manche Stunde über Horst nach. Ihre Sorge bezog sich nicht auf sein Krankwerden. Sie hatte den Eindruck erhalten, daß er seelisch verstört sei.

Gleich nachdem er gegangen, hatte sie sich in ihres Schwagers Zimmer begeben und darin Umschau gehalten. Aber sie konnte nichts entdecken, das mit Horst seltsamem Verändertsein in Zusammenhang zu bringen war.

Das Geld, die Briefe und der Schlüsselbund lagen noch auf dem Tischchen, wohin Hanna sie gelegt und wo Horst sie gefunden hatte.

Frau Berta schloß das Zimmer ab und steckte den Schlüssel in ihre Tasche.

Dann ging sie, sehr nachdenklich geworden, einer schlafarmen Nacht entgegen.

Und Horst? Der schlief in dieser Nacht überhaupt nicht.

Seine Mutter hörte ihn schier ununterbrochen in seinem Zimmer umhergehen, und als er am nächsten Morgen zum Frühstück kam, das er dann doch nicht anrührte, fand auch sie, daß er aussehe, wie ein Schwerkranker und wollte — was er sich indessen fast schroff verbat — zum Hausarzt schicken.

Die sehr empfindsame alte Dame war ob seiner Schroffheit beleidigt, was sie ihm in dürren Worten kundgab, wonach sie, die nie eine Gelegenheit vorübergehen ließ, um ihren künftigen Verwandten einen Klaps zu geben, gereizt hinzufügte: „Hättest Du Dich mit diesen Leuten in nichts eingelassen, wären Dir alle diese Aufregungen erspart geblieben."

„Sehr richtig bemerkt!" gab er nicht weniger gereizt zurück. „Jetzt habe ich mich aber einmal mit „diesen Leuten" eingelassen, und nun heißt es also: „Mitgefangen, mitgehangen." Dagegen läßt sich nichts tun."

Es war, was da in seiner Rede mitgeklungen hatte, zweifellos Hohn gewesen.

Seine Mutter schaute ihn groß an.

„Du bist ganz aus dem Häuschen," sagte sie, „und dazu hast Du doch gar keine Ursache."

„Nicht? Nicht? Ah! Du weißt ja nicht —"

„Was weiß ich nicht?"

„Ah! Laß mich!"

„Jetzt höre einmal, Paul; werde mir nicht verrückt, weil man einen Mann umgebracht hat, der Dir ja eigentlich doch noch ein Fremder war."

„Verrückt! Bei Gott! Ich könnte es werden!"

„Aber um alles in der Welt! Warum denn?" Sie sah dem im Zimmer Umherlaufenden besorgt nach.

„Weil —"

„Nun? — Weil —."

Paul stand jetzt vor ihr und schaute ihr doch nicht in die Augen.

„Ich kann es auch Dir nicht sagen," begann er sichtlich von Unruhe gequält, „niemand darf es wissen, niemand — wenn ich es verhindern kann."

(Fortsetzung folgt.)

Deutsches Theater.

Grillparzer bei 30 Grad Celsius im Schatten ist eine Zumutung, freilich nur für Leute, die auf dem Standpunkt stehen, daß man in den Hundstagen überhaupt nicht geistig arbeiten dürfe, nicht für die, die das Theater als Vergnügungsstätte ansehen und nicht als die moralische Lehranstalt. Und **die** „Sappho" war eine Zumutung. Der Besuch war sehr mäßig. Ob daran die Hitze schuld war oder die jetzige unruhige Lage oder aber der Umstand, daß ein **klassisches** Stück gespielt wurde, bleibe dahingestellt. Es ist ja auch nicht richtig, in unserer modernen Zeit klassische Dramen spielen zu wollen! Was soll der Mensch von heute mit Grillparzerschen Versen, was gehen ihn ernste Lebensprobleme an, wie sie Grillparzer in der „Sappho" entrollt, was geht uns Menschen von heute die Ideenwelt der Griechen an? Ja, wenn es „Kaiserplatz III" oder das „Dreimäderlhaus" oder gar der „Reigen" gewesen wäre, nicht wahr? Verehrliches Publikum, fehlt es dir denn ganz an der Fähigkeit historischer Betrachtung? Gewiß ist der Vers heute nicht mehr modern, aber von unserer Klassik ist er einmal nicht zu trennen. Das war **die** Form der klassischen Dichtung. Wollen wir denn mit dem Vers auch auf den ganzen Reichtum unserer Klassik verzichten und kein klassisches Stück mehr sehen, nur weil es in Versen geschrieben ist? Was den Stoff anlangt, so ist er heute ebenso modern wie er zur Zeit Grillparzers war, also vor hundert Jahren, und bei den alten Griechen: Die „Sappho"

die Spur gekommen sein und bereits eine große Anzahl von Verhaftungen vorgenommen haben. Nur weiß man noch nicht, ob es sich um einen Umsturz von rechts, von nationaldemokratischer oder von kommunistischer Seite handelt.

Drohender Streik in Warschau.

Warschau, 18. Juli. Sonnabend vormittag 11 Uhr fand eine Versammlung der städtischen Arbeiter, der Theaterarbeiter und der Arbeiter bei der Straßenbahn statt. Es wurden zwei Entschließungen angenommen. Die Versammlung fordert die Vorstände der Verbände auf, am 18. Juli den Beginn von Verhandlungen vom Magistrat zu fordern. Wenn der Magistrat diese Angelegenheit nicht im Verlauf von sechs Tagen erledigt, sollen die Vereinsvorstände alle möglichen Mittel, auch den Streik anwenden, um die Forderungen zu unterstützen.

† **Polens auswärtige Vertreter.** Der Geschäftsträger der Republik Polen bei der Sowjetrepublik Filipowicz wird in einer Woche nach Moskau fahren. Er fährt über Minsk, wo er mit Karahan, dem Sowjetgesandten bei der polnischen Regierung, zusammentreffen wird. Aus Minsk wird Karahan im Zuge des Herrn Filipowicz nach Warschau fahren und Filipowicz im Zuge des Herrn Karahan nach Moskau.

† **Vizeminister für Handel und Industrie Strasburger** ist damit einverstanden, den Posten eines polnischen Gesandten in Berlin anzunehmen. Herr Strasburger ist ein ausgezeichneter Kenner der wirtschaftlichen Verhältnisse Deutschlands, wo er die Universität besuchte.

† **Ministerrat und Budget.** Der polnische Ministerrat hat nun endlich die Diskussion über das Budget für das Jahr 1920 beendet und es in vollem Umfange angenommen. Nach Erledigung dieser Frage beschäftigte sich der Ministerrat mit der Neuregelung der Wahlordnung.

† **Polens Vertreterin auf dem Internationalen Frauenkongreß.** In der Sitzung des dritten Internationalen Frauenkongresses sprach im Namen der polnischen Frauen Frau Dr. Daszyńska-Golińska aus Warschau. Sie hat eine Martyrologie Polens bearbeitet und erklärte, daß Polen völlig unbegründet des Imperialismus beschuldigt wird. Polen ist ein Asyl für russische und ukrainische Flüchtlinge und ein pazifistischer Staat. Diese Ansprache wurde mit lebhaften Beifallsbezeigungen aufgenommen.

Deutsches Reich.

** **Vom Reichsrat.** Im preußischen Staatsministerium fand ein Empfang der in den Reichsrat gewählten preußischen Provinzialvertreter statt. Ministerpräsident Stegerwald hielt eine Begrüßungsansprache, die er mit folgenden Worten schloß: Obgleich die Regierung hofft, durch das Gesetz vom 3. Juni 1921 der Neueinrichtung Preußens nach Möglichkeit die Bahn geglättet zu haben, werden sich doch, wenigstens in der ersten Zeit, noch Reibungen und Schwierigkeiten ergeben. Ich bitte Sie, meine Herren, an ihre neue Aufgabe mit gutem Mut heranzutreten und etwaige Wünsche, die sich ergeben sollten, dem Staatsministerium vertrauensvoll zur Kenntnis zu bringen. Vertrauensvolle Zusammenarbeit ist ja überhaupt die Voraussetzung, unter der allein die Neueinrichtung gedeihlich wirken kann. Möge dieses Vertrauen stets vorhanden sein zum Wohle des Reiches, des Staates und aller seiner Teile!

** **Der Reichskanzler an den Frauenkongreß.** Der Reichskanzler hat an den in Wien tagenden Internationalen Frauenkongreß folgendes Begrüßungstelegramm gerichtet: „Dem dritten Kongreß der Internationalen Frauenliga für Friede und Freiheit, die sich die Schaffung einer Atmosphäre der Verständigung unter den Nationen und die Verhinderung neuer Kriege zur Aufgabe gemacht hat, wünsche ich für die derzeitige Tagung und ihre idealen Bestrebungen von ganzem Herzen Erfolg.

** **Brotversorgung in Berlin.** Am 15. August tritt eine Neuregelung der Brotkartenverteilung für Groß-Berlin ein. An diesem Tage wird eine teilweise Aufhebung der Zwangswirtschaft für Brotgetreide vorgenommen. Es ist, wie wir weiter hören, von dem genannten Tage ab jedem die Möglichkeit gegeben, sich Brot in beliebigen Mengen zu erhöhtem Preise ohne Marken zu kaufen. Der Preis ist von der Reichsgetreidestelle für markenfreies Brot noch nicht festgesetzt, doch rechnet man damit, daß ein solches Brot etwa 12—14 Mark kosten wird.

** **Amerikanisch-deutsche Annäherungsversuche.** In der Berliner Handelskammer empfing gestern der Präsident mit dem Vizepräsidenten und Vertretern der Bankwelt die Vertreter der amerikanischen Handelskammern. Auf die Frage der Amerikaner, in welcher Weise Deutschland wieder zu einem leistungsfähigen Abnehmer amerikanischer Rohstoffe gemacht werden könnte, wurde von deutscher Seite auf die Notwendigkeit einer Milderung der Friedensbedingungen hingewiesen und insbesondere auf die Notwendigkeit der Belassung des ungetrennten Oberschlesiens bei Deutschland.

Freistaat Danzig.

*† **Englischer Flottenbesuch in Danzig.** Der Danziger Senat erhielt die amtliche Nachricht, daß am 19. Juli ein baltisches Geschwader der englischen Kriegsflotte zu einem viertägigen Aufenthalt in Danzig eintreffen wird.

---

stellt doch dar den Kampf des idealen Künstlertums mit der kalten verständnislosen Welt. Und dieser Kampf ist vielleicht noch nie so herb gewesen wie gerade in unserer Zeit.

Die „Sappho" ist das zweite Trauerspiel Grillparzers, in demselben Jahr wie die „Ahnfrau" entstanden, ein Drama, in dem einer unserer größten Dramatiker das Volkstümliche mit dem Klassischen in höchster Kunstvollendung, im Gegensatz zur Ahnfrau ohne jeden romantischen Schauer, verbunden hat. Hier hat Grillparzer die Schönheit von Goethes Iphigeniensprache von innen heraus nachgebildet, ganz anders als es z. B. Halm in der „Iphigenie in Delphi" getan hat. Aus eigenster Welterfahrung und bitterstem Seelenschmerz hat Grillparzer die Tragik des Künstlertums gestaltet. „Sappho" findet für ihr übervolles Herz und den hohen Flug ihres Geistes kein Verständnis. Sie geht wie Grillparzer selbst zu Grunde an der großen Frage, „ob die Kunst ersetzen könne, was das Leben dir entzogen". Es ist dasselbe, was Goethe im „Tasso" dargestellt hat; freilich ist es nicht der Kampf der Phantasie des Künstlertums, sondern der des Herzens gegen die nüchterne Welt, an dem „Sappho" zugrunde geht. Künstlerisch ist „Tasso" unerreichbar, aber Grillparzer ist in der „Sappho" in jedem Zuge wahrster Dramatiker, was Goethe nicht ist.

Und nun das Spiel auf der Bühne. Zu allererst sei nur gesagt, daß Grillparzersche Verse nur dann wirken, wenn sie richtig gesprochen werden. Und das ist nicht so einfach. In dieser Hinsicht war nicht alles vollkommen; dann aber besteht die Gefahr, daß dem Publikum die Freude am Klassischen genommen wird. So sehr auch die Leistung der „Sappho" anerkannt werden muß, so kann man doch vom Ganzen nur sagen: Das Unzulängliche, hier ward's Ereignis. Über das Kostümproblem wollen wir, den Verhältnissen Rechnung tragend, den Mantel christlicher Nächstenliebe breiten. Nur Phaons „klassischen" Scheitel dürfen wir nicht unerwähnt lassen. Es fehlte nur noch der „weiße" Frack und die „schwarze" Binde!

Wir begrüßen es jedesmal mit Freude, wenn die Spielleitung sich entschließt, ein klassisches Stück zu geben, nur darf man es uns nicht verargen, wenn wir die Forderung stellen, daß dann auch die geeigneten Kräfte gewählt werden. Diesmal war die Wahl nicht glücklich. Es kann uns nicht einleuchten, daß unter den Mitgliedern des Theatervereins keine geeigneten Kräfte zu finden wären. Immerhin ist der gute Wille anzuerkennen, und wir möchten durch unsere Ausführungen um alles in der Welt der Theaterleitung nicht den Mut nehmen, sich wieder an klassische Stücke heranzuwagen.

B.

Zur Domänenfrage.

Die Zickzackwege des Urząd Osadniczy.

Herr Restgutsbesitzer Sanne in Lowinnek verkaufte am 5. Oktober 1920 sein Ansiedlungsgut an einen Herrn von Przebilski unter Voraussetzung der Genehmigung des Urząd Osadniczy" in Posen. Im Verkaufsvertrag wurde extra erklärt, falls die Genehmigung des Urząd Osadniczy versagt wird, ist der Kaufvertrag rückgängig gemacht, und die Parteien haben die Kosten zur Hälfte zu zahlen. Am 4. Dezember 1920 teilte der Urząd Osadniczy Herrn Sanne mit, daß von Przebilski die Genehmigung zum Kauf nicht erhalten habe. Am 19. Mai d. Js. teilte der Urząd Osadniczy dem Przebilski mit, daß der Vertrag unter Voraussetzung der Annahme der gestellten Bedingungen genehmigt sei. Herr Sanne erhielt ein Schreiben, datiert vom 7. Juni 1921, in welchem ihm mitgeteilt wurde, daß der Urząd Osadniczy jetzt die Genehmigung dem Przebilski gegeben habe und daß der Beschluß vom 4. Dezember 1920 aufgehoben ist. Ferner wurde Herrn Sanne gleichzeitig mitgeteilt, er habe noch für ein freies Jahr 930 M. und für die seinerzeit erhaltene Ernte 65 708,50 M., zusammen 66 638,50 Mark an den Urząd Osadniczy zu zahlen. Das Restgut Lowinnek ist 120 Morgen groß, wovon 20 Morgen auf Hof, Park und Garten entfallen. Herr von Przebilski hat bereits das Wohnhaus des Herrn Sanne bezogen.

Dieser Fall reiht sich würdig an die Fälle der enteigneten Domänenpächter an. Wie sollte auch der Ansiedlungsfiskus dem Domänenfiskus nachstehen. Einer könnte ja leicht vom andern eines geringeren „Patriotismus" beschuldigt werden! Um jeden Preis müssen die Deutschen hinauspraktiziert werden.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Posen, 19. Juli.

Die Erhöhung der Post- und Telegraphengebühren, die bekanntlich seit Freitag, dem 15. d. Mts. erfolgt ist, hat in weiten Kreisen unserer Stadt verschnupft, nicht etwa, weil sie überhaupt erfolgt ist, sondern vielmehr weil die Tatsache der Bevölkerung so arg verspätet bekannt geworden ist, und gleichwohl ungenügend frei gemachte Briefe, Postkarten pp. mit Strafporto belastet, den Empfängern ausgehändigt wurden. Unser Blatt war am Freitag abend in der Lage, die neuen Portosätze mitzuteilen, während die meisten anderen Blätter, deutsche wie polnische, die neuen Sätze erst am Sonnabend, also am 16. d. Mts. veröffentlichen konnten, weil ihnen von amtlicher Seite keinerlei Mitteilung über die vollzogene Erhöhung gemacht worden war. In der Provinz scheint man in der Hinsicht besser bedient gewesen zu sein. Jedenfalls fanden wir die neuen Tarife in dem „Liss. Tagebl." abgedruckt, und zwar in der am 14. d. Mts. nachmittags erschienenen Ausgabe. Wir wandten uns daher an eine hiesige amtliche postalische Stelle und erhielten die Auskunft, daß in der Tat der neue Tarif am 15. in Kraft getreten sei. Die hiesigen amtlichen Stellen hätten erst am Donnerstag abend von der Einführung des neuen Tarifs Kenntnis erhalten und die neuen Sätze durch Aushang an den Schaltern dann sofort bekannt gegeben. Daß dieser Weg der richtige gewesen ist, um dem Publikum von der sehr wichtigen Tatsache der Portoerhöhung Kenntnis zu geben, wird niemand ernstlich behaupten können. Infolgedessen wird das Publikum durch die Strafportobelastung für Versehen bestraft, an dem es selbst keinerlei Schuld trägt, sondern für das ausschließlich die amtlichen Stellen haftbar zu machen sind, weil der Portotarif nicht rechtzeitig bekannt gegeben worden ist. Und dagegen muß mit aller Entschiedenheit Einspruch erhoben werden. hb.

Wie „berichtet" wird!

Die halbamtliche „Polnische Telegraphen-Agentur" hat an die auswärtige Presse über die ersten Straßenunruhen in Posen am vergangenen Mittwoch einen Bericht geliefert, der in der Übersetzung folgendermaßen lautet:

Posen, 14. Juli. Im Laufe des gestrigen Tages brachen hier unbedeutende Unruhen aus. Während der Versammlung, die von der Nationalen Arbeiterpartei einberufen war, veranstalteten gewisse Elemente eine Demonstration. Der Geistesgegenwart der Polizei ist es zu verdanken, daß es gelang, diese Vorfälle gegen Mitternacht zu beseitigen.

Man weiß wirklich nicht, was man mehr bewundern soll, die „geschichtliche Pragmatik", mit der hier über die bedauernswerten schweren Ausschreitungen berichtet wird, oder die absolute Harmlosigkeit, die die „Polnische Telegraphen-Agentur" bei den Lesern der Nachricht voraussetzt. Denn angesichts des Umstandes, daß an dem betreffenden Mittwoch durch die Zerstörungswut der aufgepeitschten Massen und durch die Plünderungen den betroffenen zehn Geschäften für rd. fünf Millionen Mark Schaden entstanden ist, von „unbedeutenden Unruhen" zu berichten, erinnert schon fast an die „geschichtliche Treue", mit der seinerzeit das Reuterbureau die empfindliche englische Schlappe in der Skagerrakschlacht in einen bedeutenden englischen Seesieg umredigierte. Was hat die „Poln. Telegr.-Agentur" überhaupt für eine Ursache, über solche Nichtigkeiten, wie „unbedeutende Unruhen" es nun doch einmal sind, den jetzt so ungewöhnlich teuren Fernsprecher überhaupt zu bemühen? Aber selbst der Harmloseste im Gemüt und der größte Optimist wird sich mit dieser Art von Berichterstattung nicht einverstanden erklären können. Richtig an dem Bericht ist eigentlich nur der Schlußsatz, nach dem es der Geistesgegenwart der Polizei gelungen ist, die Vorfälle gegen Mitternacht zu beseitigen. Im übrigen klaffen zwischen den einzelnen Sätzen so bedeutende Widersprüche, daß man der Telegraphen-Agentur zurufen muß: „Si tacuisses, philosophus mansisses („Hättest Du geschwiegen, wärst Du Philosoph geblieben!") hb.

Woher kommt der Buttermangel?

Das Amt zur Bekämpfung des Wuchers und der Spekulation teilt uns mit: Seit einiger Zeit geht die Butter, die bisher nach Posen kam, in reichlichen Mengen über die Grenze. Unehrliche Händler senden die Butter faßweise nach Posen und lassen sie in den Warenmagazinen lagern. Auf diese Weise wird ein Buttermangel in Posen erzeugt. Nachdem sie so die Butter einige Tage zurückgehalten haben, geben sie sie en gros zu bedeutend höheren Preisen ab. So hat zum Beispiel ein Händler, der die Butter einige Tage aufbewahrt hatte, zu einer Zeit, während der die Butter im Kleinhandel 180 bis 190 M. kostete, im Großhandel 225 M. verlangt. Das Amt zur Bekämpfung des Wuchers und der Spekulation hat 1600 Kilogramm dieser in Magazinen lagernden Butter beschlagnahmt und durch Kleinhändler (Zgoda, polnischer Beamtenverein, Firma Zbierski, ul. pocztowa (früher Friedrichstr.), Firma Szłapczyński, ul. Kraszewskiego (früher Hedwigstr.), Pfeifer, ul. Głogowska (früher Glogauer Str.), für 180 M. das Pfund verkaufen lassen.

Ausfuhr von Krebsen. Das Ministerium für das ehemals preußische Teilgebiet gibt bekannt, daß die Ausfuhr von Krebsen nach anderen Teilgebieten gestattet ist. Zur Ausfuhr nach Deutschland und Danzig bedarf es jedoch einer Genehmigung des Ein- und Ausfuhramtes in Bydgoszcz oder Poznań. In solchen Fällen wird die Erbringung des Beweises verlangt, daß eine bestimmte Menge Fischereigerät gegen fremde Valuta angekauft worden ist.

Die Schulabteilung des Deutschtumsbundes Bromberg, plac Wolności 1 II (Landesvereinigung), bittet alle, die es angeht, mitzuteilen, in welchen Orten des abgetretenen preußischen Gebiets sich deutschkatholische Schulen befinden, und wie groß die Kinderzahl darin ist. Bei allen Anfragen und Mitteilungen an die Schulabteilung bittet diese, im Briefe den deutschen und den polnischen Namen des Schulortes anzugeben, ebenso den Postort und Kreis.

Deutsche Reichsbanknoten zu 50 Mark vom 30. November 1918 haben auf Grund der Verordnung vom 27. Dezember 1920 ihre Eigenschaft als gesetzliches Zahlungsmittel bereits seit dem 31. Januar 1921 verloren. Sie werden nur noch bis 31. Juli 1921 von der Reichsbank eingelöst, für die mit diesem Zeitpunkt jede Einlösungspflicht endet.

× **Von einem Taschendiebe bestohlen** wurde auf der Fahrt nach Warschau ein katholischer Geistlicher. Er wurde um seine Brieftasche erleichtert, in der sich ein Reisepaß Posen—Rom, 1500 Lire, 2000 österreichische Kronen, 120 tschechische Kronen und 2000 M. polnisches Geld befanden.

× **Polizeibericht.** Festgenommen wurden gestern 8 Personen wegen Diebstahlsverdachts und 13 Frauenzimmer wegen liederlichen Umhertreibens.

Bromberg, 18. Juli. Die „Deutsche Rundschau" wendet sich an ihre Leser und Freunde mit folgenden Ausführungen: „Wir hören aus verschiedenen Orten, besonders aus den nördlichen Gegenden, dem jetzigen Pommerellen, daß einige Postanstalten die Bestellung und auch die Aushändigung (Mewe) der „Rundschau" abgelehnt haben, angeblich weil die Zeitung „verboten" sei. Wir weisen nachdrücklich darauf hin, daß ein solches Gebaren eine schwere Geschäftsschädigung für uns bedeutet und durch nichts begründet ist. Ein in den Bromberger Unruhetagen am Quartalsschluß vom hiesigen Magistrat auf einige Tage ausgesprochenes Verbot der Zeitung hat uns bereits ungeheuren Schaden zugefügt, da viele Landbesteller auf den Postanstalten die Antwort erhielten: „Die Zeitung erscheint nicht mehr." An zwei Orten konnten wir feststellen, daß die Postbeamten anscheinend auch beauftragt waren, eine andere, in deutscher Sprache erscheinende Zeitung zu empfehlen. Alle unsere Freunde bitten wir daher, sofort bei der Postbehörde Beschwerde einzulegen, wenn sie Schwierigkeiten in der Zeitungszustellung haben und uns gleichzeitig durch Postkarte davon Mitteilung zu machen."

* **Briesen**, 12. Juli. Pfarrer Wiebe aus Löblau, Freistaat Danzig, ist am 7. d. Mts. hier eingetroffen und hat die Amtsgeschäfte der ersten Pfarrstelle übernommen. Die feierliche Einführung des neuen Pfarrers wird erst später erfolgen.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Kurse der Posener Börse.

Offizielle Kurse:	19. Juli	18. Juli
4% Posener Pfandbriefe (alte) .	—,—	—,—
3% " " Buchst. A u. B	—,—	—,—
3½% " " ohne Buchst	250 +	—,—
3½% " " Buchst. C .	250 +	—,—
4% " " Buchst. D u. E	—,—	—,—
4% " " (neue) . .	—,—	—,—
4% " (neue) mit poln. Stempel	—,—	130 + A
4% Pos. Pfandbriefe	—,—	—,—
4% Pos. Provinzialobligationen	—,—	—,—
3½% Posener Prov.-Pfandbriefe	—,—	—,—
5½% Obl. Cegielski	—,—	—,—
6% Schuldscheine der Bank Kredyt. Hipot. Warszawsk.	—,—	—,—
Bank Związku I—VII em (ungest.)	—,—	—,—
Bank Związku VIII em. (ungest.)	—,—	—,—
Bank Związku IX em. (ungest.)	250 + A	250 + A
Bank Handlowy, Poznań I—VII .	335 + N	335 + N
" " VIII . .	335 + N	335 + N
Bank Handlowy, Warszowa .	—,—	—,—
Bank Dysk., Bydg.-Gdańsk I—IV	—,—	—,—
Kwilecki, Potocki i Ska.	500 + N	500 + N
Bank Ziemian	690 +	680 +
Bank Ziemski	—,—	—,—
R. Barcikowski I—IV em. . . .	—,—	250 + A
R. Barcikowski V em.	205 +	205 +
Centrala Skór	650 +	—,—
Lubań	535 +	—,—
Dr. Roman May	640 + A	640 + N
Patria	370 + N	390 + A
Pozn. Spółka Drzewna	—,—	—,—
C. Hartwig I—III em.	—,—	—,—
C. Hartwig IV em.	405 + N	405 +
Cegielski I—VI em.	275 + A	280 + A
Cegielski VII em.	275 + A	280 + A
Hurtownia Związkowa	180 + N	180 + A
Włókno	—,—	—,—
Inoffizielle Kurse:		
4½% poln. Pfandbriefe	—,—	—,—
4½% poln. Pfandbriefe (abgest.)	—,—	—,—
Bank Centralny I—III	—,—	—,—
Bank Poznański I. Em.	210 + N	—,—
Bank Przemysłowców	290—285 + N	290 + A
Pozn. Bank Ziemian (exkl. Kupon)	—,—	—,—
Polski Bank Komisowy II. Em. .	—,—	—,—
Bank Zjednoczenia	—,—	—,—
Hurtownia Drogeryjna (o. Bezugsr.)	230 + A	—,—
Iri	170 + N	—,—
Wytwornia Chemiczna	295—300 +	280—290 + N
Wyroby Ceramiczne, Krotoszyn .	175 +	180 + N
Drzewo Wronki	—,—	—,—
Wisła	—,—	—,—
Arcona	—,—	—,—
Brzeski Auto (exkl. Kupon) . .	—,—	—,—
Wagon Ostrowo	190—195 + N	185 + A
Wytwornia Maszyn Młyńskich .	—,—	—,—
Herzfeld Viktorius	380 + A	385—390 + A
Bentki	430 + A	430 +
Orient	215—217 + N	210 + N
Sarmatia	440 + A	435 + N
Bławat	—,—	—,—
Dom Konfekcyjny	330 + N	—,—
Tkanina	—,—	—,—
Centrala Rolników	—,—	—,—
Papiernia Bydgoszcz	—,—	280 + A
Trie	—,—	—,—
Hurt. Spółek Spożywcz. . . .	—,—	—,—
Sierakowskie Kopalnie Węgla .	—,—	—,—
Kabel	190—180 + N	185—190 + A
Lloyd Wielkopolski	—,—	—,—
Zjedn. Cegieln. Aug. Grad. . .	—,—	—,—
Pneumatik	—,—	—,—

Berliner Börsenbericht

vom 18. Juli.

Diskonto-Komm.-Anteile	279.75	3½ % Pos. Pfandbriefe	13.25
Orenstein u. Koppel	631.—	Auszahlung Warschau	4.—
Hartmann Maschinen	455.—	Polnische Noten	4.20
Phönix	836.—	Kriegsnoten	10.—
Caro	275.—	Dollar	77.—
Otavi	480.—	Englische Pfund	276.25
Scheidemandel	745.—	Gulden	2425.—
3½% Poln. Pfandbriefe	13.875	Schweizer Franken	1267.50
4% Pos. Pfandbriefe	15.10		

= **Danziger Börsenbericht** vom 18. Juli. Polnische Mark 4,10/4.15 Auszahlung Warschau 4,00—4,05, Dollar 74.50—75,—, englische Pfund 274—275.

Von den Landarbeitern.

Der Arbeitgeberverband teilt uns über die Löhne der Landarbeiter mit:

Infolge Aufforderung vom 13. Juli d. Js. des Ministers für das ehem. preuß. Gebiet, Departement für Arbeit und soziale Fürsorge, trat die Schiedsgerichtskommission zur Regelung der Barlöhne für Landarbeiter in der Wojewodschaft Posen am heutigen Tage zusammen. Die Lohnregulierung findet für den Zeitabschnitt vom 1. Juli bis zum September 1921 statt.

Die Kommission setzt sich aus folgenden Herren zusammen:

1. Direktor Kaźmierz Paluch-Posen, Vorsitzender;
2. Schöffen von seiten der Arbeitgeber:
   a) Marjan Namysł-Posen, Baumeister,
   b) Kaźmierz Sowiński-Posen, Baumeister;
3. Schöffen von seiten der Arbeitnehmer:
   a) Michał Lochyński-Posen, Schlosser,
   b) Franciszek Wasiak-Posen, Lagerarbeiter;
4. Protokollführer Franciszek Maczkowski, Sekretär des Departements für Arbeiterangelegenheiten.

Nach langer und ausführlicher Aussprache durch die Parteien sowie nach den Ausführungen des Herrn Warzecha von der Großpolnischen Landwirtschaftskammer als Sachverständiger, sowie auch unter Zugrundelegung des bisherigen Materials kam die Kommission einstimmig zu nachfolgendem Resultat:

1. Alle Deputatarbeiter erhalten zu dem bisherigen Barlohn einen Zuschlag von 150 v. H.
2. Die Häusler erhalten zu dem bisherigen Barlohn einen Zuschlag von 200 v. H.
3. Die Scharwerker der 1., 2., 3. und 4. Kategorie erhalten zu dem bisherigen Barlohn einen Zuschlag von 200 v. H.
4. Dominialfrauen und Melkerinnen erhalten zu dem bisherigen Barlohn einen Zuschlag von 200 v. H.
5. Sämtliche Kategorien der Saisonarbeiter (auch die örtlichen) erhalten zu dem bisherigen Barlohn einen Zuschlag von 200 v. H.

Begründung: Bei der Abgabe obigen Spruches war sich das Schiedsgericht bewußt, die Löhne der landwirtschaftlichen Arbeiter im Verhältnis zu der steigenden Teuerung festzusetzen, unter Berücksichtigung der Lebensmittelverhältnisse auf dem Lande, wie auch der gegenwärtigen Lage der Landwirtschaft. Gleichfalls rechnete die Kommission bei der Festsetzung oben angegebener Normen mit der Tatsache des in Kürze einzuführenden freien Handels für die landwirtschaftlichen Produkte.

Bemerkung: Den Parteien steht das Recht zu, bis zum Dienstag, dem 19. d. Mts., 1 Uhr mittags, Einspruch gegen obiges Urteil zu erheben. Das Protestschreiben ist an den Vorsitzenden der Kommission zu richten. Die Anschrift ist: Herrn Direktor Paluch, Poznań, Aleje Marcinkowskiego 11.

Poznań, den 16. Juli 1921.

Vorsitzender: gez. Kaźmierz Paluch. Protokollführer: gez. Maczkowski.

Schöffen von seiten der Arbeitgeber:

Schöffen von seiten der Arbeitgeber:
Marjan Namysł. Kaźmierz Sowiński.

Schöffen von seiten der Arbeitnehmer:
Michał Lochyński. Franciszek Wasiak.

Damit ist das Urteil des Schiedsgerichts vom 28. Juni d. Js. durch das Ministerium für Arbeiterangelegenheiten endgültig aufgehoben; jedoch ist gegen vorstehendes Urteil seitens des Zjednoczenie Zawodowe Polskie Einspruch erhoben worden. Die Zuschläge von 150 und 200 v. H. werden zu den im diesjährigen Tarifvertrag angegebenen Lohnsätzen berechnet.

Briefkasten der Schriftleitung.

H. H. u. Co. in N. Sie sind in Ihrem Rechte, wenn Sie als Gläubiger in dem Falle, in dem Sie an der verspäteten Zahlung der Forderung nicht schuld sind, das Geld nach dem deutschen Valutastande fordern. Ein Gerichtsurteil steht uns darüber nicht zur Verfügung.

Verantwortlich: für Politik, Handel, Kunst und Wissenschaft: i. V. Dr. Franz Buchta; für Lokal- und Provinzialzeitung: Rudolf Herbrechtsmeyer; für den Anzeigenteil: M. Grundmann. Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A., sämtlich in Poznań.

(Schluß des redaktionellen Teiles.)

Zur gefl. Beachtung!

Die jetzigen hohen Portokosten machen es dringend erforderlich, bei allen Zahlungen an uns auf dem Postanweisungsabschnitte bezw. bei der Banküberweisung stets anzugeben, wofür der übersandte Betrag bestimmt ist, weil sonst kostspielige Rückfragen erforderlich werden, mit deren Portokosten wir die Einzahler belasten müßten.

Portobelastung erfolgt ferner in solchen Fällen, in denen unsere ausgesandten Rechnungen nicht rechtzeitig beglichen und die Zahlungspflichtigen deshalb von uns gemahnt werden müssen. Wir bitten deshalb dringend, unsere auf den Rechnungen vermerkten Zahlungsbedingungen zu beachten, damit unnütze Portokosten vermieden werden.

Die Geschäftsstelle dieser Zeitung
Poznań, Zwierzyniecka 6.